

## TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/214

Bonn, den 11. November 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3

Frankreichs Sozialisten in Moskau

49

Stundenlange Diskussionen - aber kein Ergebnis  
 Von Günter Markscheffel

3a

Die junge Union und ihr "Gaullismus"

48

Alarmzeichen vom Fuldaer "Deutschlandtag 1963"

4 - 5

Freiheit in Gemeinschaft

66

Zum Berliner Kongreß der Junge Sozialisten

Von Horst Seefeld

5 - 6

Wider den Geist des EWG-Vertrages

62

Bilden Gaullisten eine eigene Fraktion im Europarat ?

Von Egon Heinrich

Chefredakteur Günter Markscheffel

### Frankreichs Sozialisten in Moskau

Stundenlange Diskussionen - aber kein Ergebnis  
Von Günter Markscheffel

Als die französischen Sozialisten (SFIO) Anfang Juni dieses Jahres auf ihrem Parteitag erklärten, sie wollten einer Diskussion mit Kommunisten "vor dem Forum der Nation" - also öffentlich! - über ideologische Probleme nicht aus dem Wege gehen, kufften sie damit rechnen, daß sich Frankreichs KP bald melden würde. Dieser aber ging es weniger um ideologische Probleme, als vielmehr um "optische Berührungspunkte", mit deren Hilfe sie sich aus der Isolierung lösen wollten. So hatten die Sozialisten nicht gewettet. Sie lehnten alle organisatorischen Kontakte und Gespräche "hinter dem Forum der Nation" ab, gaben zu verstehen, daß man in Moskau wahrscheinlich mehr über kommunistische Politik erfahren könne, als in einem Pariser Vorort - und erhielten eine Einladung von Chruschtschow.

Das ist die Vorgeschichte des Moskau-Besuchs einer zehrköpfigen Delegation französischer Sozialisten in der vergangenen Woche. Delegationsführer war der Generalsekretär der SFIO Guy Mollet; der Delegation gehörten an: A. Gazier, G. Jaquet, A. Laurent, J. Piette, Ch. Pineau, M. Champeix, R. Pontillon und R. Quillot.

#### "Alles tun, um den Frieden zu erhalten"

Franzosen und Russen sind sehr diskussionsfreudig. Kein Wunder also, daß der neuntägige Aufenthalt der französischen Delegation in der Sowjetunion von beiden Seiten ausgiebig zu viele Stunden dauernde Diskussionen benutzt wurde, was manchen westlichen Zeitungskorrespondenten zu der Bemerkung veranlasste, "man müsse sich wohl ausgezeichnet verstanden haben". Tatsache ist jedoch, daß beide Seiten das wohl härteste politische Gespräch führten, das seit langen in Moskau stattgefunden hat. Einmal saß man sich ununterbrochen acht Stunden lang einander gegenüber, ohne auch nur in einem einzigen Punkt Übereinstimmung zu erzielen, es sei denn in der sehr allgemein gehaltenen Formulierung, man wolle alles tun, um den Frieden zu erhalten, Spannungen zu beseitigen und einen dritten Weltkrieg zu vermeiden.

Natürlich versicherte man sich auch gegenseitig, daß die Beziehungen zwischen dem französischen Volk und den Völkern der Sowjetunion verbessert werden sollten, daß man das Moskauer Atomteststopp-Abkommen als einen Schritt zur Entspannung betrachte, "den weitere Schritte in Richtung auf eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung folgen" sollten, stellte aber gleichzeitig bedeutende Meinungsverschiedenheiten im Bereich der ideologischen Standortbestimmung der demokratisch-sozialistischen und der kommunistischen Politik fest.

Diese Formulierung - in gemeinsamen Kommuniqué zum Abschluß der Gespräche verankert - umschreibt höflich die Tatsache, daß in keiner wesentlichen Frage der praktisch-aktuellen Politik oder des Verhältnisses von sozialistischer und kommunistischer Auffassung die von den Sowjets sicher gewünschte Übereinstimmung oder Annäherung erzielt wurde. Das bezieht sich sowohl auf die französische Innenpolitik wie auf alle Probleme, die heute als die eigentlichen Ursachen der Spannungen zwischen Ost und West betrachtet werden.

### Das Deutschland-Problem

Einen breiten Raum in der Diskussion über die internationale Situation nahmen das Deutschland- und das Berlinproblem ein. Während Chruschtschow forderte, die französischen Sozialisten sollten "die Existenz der "DDR" als souveräner Staat" anerkennen, und erläuterte, daß man erst "einen Friedensvertrag mit Deutschland" abschließen könne, wenn separate Verträge mit Bonn und Pankow zustande gekommen seien, bekannten sich die Franzosen zu den Beschlüssen der Sozialistischen Internationale, in denen die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf der Grundlage von freien Wahlen als Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts eines jeden Volkes gefordert wird.

Als Chruschtschow sogar davon sprach, West-Berlin solle "ein besonderes Statut als freie Stadt" erhalten, selbst dann, wenn mit beiden Teilen Deutschlands bereits Friedensverträge abgeschlossen seien, erklärten sich die französischen Gesprächspartner ausserstande, einer Formulierung im Abschlußkommuniqué zuzustimmen, in der der Forderung Chruschtschows Rechnung getragen werden sollte. Schließlich wurde ganz auf die Erwähnung des Deutschland- und Berlinproblems im Kommuniqué verzichtet.

### Menschliche Erleichterungen in Berlin?

Nur in einem Punkte schien sich vorübergehend bei den sowjetischen Gesprächspartnern der Wunsch zum Einlenken zu zeigen. Das war, als die Franzosen von der Unmenschlichkeit der Mauer sprachen, diese eine Bankrott-Erklärung des SED-Regimes nannten und forderten, Chruschtschow solle doch überlegen, ob nicht durch Verhandlungen zwischen dem West- und Ostberliner Magistrat gewisse menschliche Erleichterungen für die Bevölkerung Berlins erreicht werden könnten. Zu dieser Anregung sagte Chruschtschow nicht rundweg NEIN, meinte jedoch, daß erst die Regierung in Pankow ihre Zustimmung dazu geben müßte. Er selbst wolle da nicht hineinreden, "denk die DDR ist ein souveräner Staat, dem wir nichts vorschreiben können und wollen."

Ob in dieser Frage - Direktverhandlungen zwischen Ost- und West-Berlin - das letzte Wort gesprochen wurde, ist nicht ganz klar. Jedenfalls wurde auch dieses Problem nicht im Abschlußkommuniqué erwähnt.

### Nichtangriffspakt

Das gleiche Schicksal hatte das mehrfach von Chruschtschow in die Debatte geworfene Problem eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten des Warschauer Paktes und der NATO. Auch hier wandten die französischen Sozialisten ein, daß durch ein solches Abkommen die Spaltung Europas und Deutschlands zementiert werden würde. Chruschtschow ließ dieses Argument nicht gelten. Er meinte, ein solcher Pakt könnte "den Frieden in Europa sichern"; das sei zunächst das Wichtigste. Nachher könnten sich ja "die beiden deutschen Staaten" über die Modalitäten der Wiedervereinigung unterhalten ...

### Drohungen und Warnungen mit "Rapallo"

Natürlich hat Chruschtschow während der stundenlangen Diskussionen auch nicht auf Drohungen verzichtet. Als er spürte, daß er die französischen Sozialisten nicht auf seine Seite ziehen konnte, sagte er einmal ganz offen, wenn der Westen die DDR nicht endlich anerkenne, würde "die Sache mit den Zufahrtswegen nach Berlin immer komplizierter und gefährlicher werden".

Chruschtschow sparte nicht mit Warnungen vor "dem deutschen Militarismus und Revanchismus", der die Politik in Europa bestimmen werde,

wenn Deutschland so wiedervereinigt sei, daß es selbst seine Verbündeten wählen könne.

Dann ließ der Kremlichef durchblicken, weder de Gaulle noch sonst irgendein westlicher Staatsmann wolle wirklich die Wiedervereinigung Deutschlands. Auch die Westdeutschen selbst wollten nicht die Wiedervereinigung, und die Franzosen würden schon sehen, wo sie eines Tages blieben, wenn die Westdeutschen merkten, daß er, Chruschtschow, ihnen durch "ein neues Rapallo" mehr bieten könne als der ganze Westen zusammen. - Das sind in den wesentlichen Punkten die "Argumente", die Chruschtschow jedem westlichen Besucher serviert, wobei es ihm darauf ankommt, seine Gesprächspartner einzuschüchtern. Die französischen Sozialisten hielten sich an die jüngsten Beschlüsse der Sozialistischen Internationale. Sie verwiesen hierbei auch auf die Menschenrechtskonvention der UNO und betonten, daß die Freiheit und der Friede unteilbar seien.

#### Keine innerfranzösischen Probleme

Man hätte erwarten können, daß Chruschtschow versuchen würde, die französischen Sozialisten in eine Diskussion über innerfranzösische Probleme zu verwickeln. In vielen Berichten hatten französische und auch deutsche Zeitungen von dieser Möglichkeit gesprochen. Diese Spekulation war falsch. Chruschtschow vermied es ganz offensichtlich, französische Probleme anzusprechen, und die Gäste aus Paris konnten sich des Eindrucks nicht erwehren, als wolle Chruschtschow bewußt sein Desinteresse an einer Veränderung der Situation in Frankreich zeigen, zumal hinreichend bekannt ist, daß er einen eigenwilligen und für die Amerikaner unbecommenen de Gaulle mehr schätzt, als eine französische Regierung, die uneingeschränkt die Politik der NATO, der atlantischen Partnerschaft und der engsten Zusammenarbeit der freien Völker Europas befürwortet.

#### Chruschtschow - Antistalinist der ersten Stunde

Blieben als Diskussionsthemen nur noch die ideologischen Fragen. Hier erlebten die französischen Sozialisten einen Chruschtschow, der sich als Antistalinist der ersten Stunde gebürdete, vom "eigenen Weg des Sozialismus" sprach, den die Arbeiterklasse eines jeden Volkes gehen könnte, und sie erlebten einen sowjetischen Staatschef, der als "übergeordnetes Ziel des Sozialismus die Erhaltung des Friedens", sowie die "Vermeidbarkeit des Krieges untereinander feindlich gesinnter gesellschaftlicher Systeme" sprach.

Die Frage jedoch, ob Chruschtschow unter Demokratie ein Mehrparteiensystem verstehe oder unbedingt am Einparteiensystem festhalten wolle beantwortete der Kremlichef zunächst mit dem Hinweis auf "mehrere Parteien in der DDR und in Polen". Sofort danach meinte er aber dann doch, die richtige Demokratie sei der "demokratische Einparteiensystem". Dort könne sich die Opposition innerhalb einer Partei bilden und bestätigen. - Von der "Diktatur des Proletariats" wollte Chruschtschow nichts mehr wissen. Allerdings - so meinte er - könne und müsse unter Umständen eine Minderheit auch Gewalt anwenden, wenn sie feststelle, daß die Substanz der Demokratie bedroht sei.

Die Bilanz dieses achtägigen Besuchs führender französischer Sozialisten in der Sowjetunion ist einfach: Es sind weder geheimnisvolle Vereinbarungen zwischen dem Kremlichef und den französischen Sozialisten hinsichtlich der innenpolitischen Situation Frankreichs getroffen worden, noch ist es den Kommunisten gelungen, die von den französischen Sozialisten in Moskau vertretenen Grundauffassungen des internationalen Sozialismus zu den ideologischen Problemen und zu denen der praktisch-aktuellen internationalen Politik zu erschüttern.

### Die Junge Union und ihr "Gaullismus"

ee - Als der Delegierte Reddemann ironisch auf des Bundesaussenministers "Politik der Beweglichkeit" zu sprechen kam und seine Freunde energisch darauf hinwies, daß man doch eigentlich mit der großen Ankündigung nach Fulda gekommen sei, Dr. Schröders Politik "mit Messern zu sezieren", spätestens da wußte das "ausenpolitische Stierpfand" der CDU-Bundestagsfraktion, der frühere Junge Union-Vorsitzende Abgeordneter Majonica, was die Uhr auf diesem "Deutschlandtag 1963" geschlagen hatte. Reddemanns Vorstoß gegen die "sehr merkwürdigen Äußerungen" Schröders und seine Aufforderung, man sollte in Bonn doch endlich das Verhältnis zur gegenwärtigen US-Regierung überdenken, wobei man es ruhig auf einen Krach mit einem amtierenden Minister ankommen lassen sollte, mußte nicht nur Majonica, sondern den ebenfalls aus der Jungen Union kommenden Berliner CDU-Vorsitzenden Amrehn schockieren.

Nun hatte der Delegierte Reddemann zweifellos provozieren wollen. Aber Reddemanns Provokation und der Beifall der Jungen Union-Delegierten sind zweierlei, wie sich aus einer Reihe weiterer Diskussionsäußerungen deutlich genug ergab. So mußten Majonica und Amrehn retten, was zu retten war, um vor allem auch die Begeisterung für die Anti-Kennedy-Politik des Rechtsrepublikaners Goldwater aus dem Saale und aus der offiziellen Politik der Jungen Union zu wischen. Die Tatsache, daß Majonica und Amrehn gezwungen waren, die Goldwater-Panfaren mit dem allwestlichen Wirtschaftsboykott gegen den Osten und seine "Kauer"-Plattitüden als bloße Vorfeldaktionen für den bevorstehenden US-Präsidentenwahlkampf zu entlarven, sprach und spricht Bände für die politische Reife der jungen CDU-Mannschaft, deren Denkrichtung sich auch in dem belatschten Aufschrei eines Delegierten kundtat, er möchte lieber doch eine französische Atomkraft in Europa als gar keine europäische Atomkraft. Die entschiedene Distanzierung, die Majonica hier deutlich werden ließ, fand aber keinen Widerhall.

Amrehn ging bei der Argumentation für eine bessere und aktivere Ostpolitik übrigens so weit, daß er die gerade bei der CDU gängige These, "mit den Sowjets ist doch nicht zu reden", rundheraus als falsch bezeichnete und unter Hinweis auf das sowjetische Sicherheitsbedürfnis gerade gegenüber Deutschland das Verhältnis zwischen den Lebensnotwendigkeiten der UdSSR und der sowjetischen Ideologie mit 51 zu 49 abschätzte. Amrehns Hinweis auf die Chancen, die in einem verstärkten Osthandel stecken könnten, blieb ohne Echo, weil diese und andere Gedanken nicht in die Denkschablone paßten.

Um nicht ungerecht zu sein: Dem betonten Willen der Jungen Union für die Wiedervereinigung, für das Selbstbestimmungsrecht und gegen die Zementierung des status quo der Spaltung kann nur voller Beifall gezollt werden. Aber was sich um diese von allen Deutschen gemeinsam vertretenen Kernthesen reakt, das muß über Fulda hinaus alarmierend wirken. Die gewiß berechnete Forderung nach einem besseren Partnerschaftsverhältnis mit den USA, das sich vor allem auch in rechtzeitiger und umfassender Konsultation zu zeigen hätte, kann und darf nicht zu einem unverhohlenen Antiamerikanismus aufgeblasen werden, der sich nur mühsam hinter der besonderen Kritik an Kennedy versteckt. Majonicas erregter Appell an die Junge Union, daß er in Übereinstimmung mit Schröder für die festestmögliche Bindung der USA an Europa sei und daß hier bei uns nichts getan werden dürfe, was den Isolationismus in den USA stärken könnte, zeigte die Gefahren auf, die sich ganz offensichtlich - zumindest in einigen Führungskreisen der Jungen Union - für ein gutes deutsch-amerikanisches Verhältnis angesammelt haben.

## Freiheit in Gemeinschaft

Zum Berliner Kongreß der Jungsozialisten  
Von Horst Seefeld

Seit dem Bundeskongreß 1959 in Karlsruhe, der eine "kongreßlose" Zeit bei den deutschen Jungsozialisten beendete, trafen sich die Delegierten der jungen Sozialdemokraten aus allen 20 Parteibezirken im November 1961 in Düsseldorf und bereiten sich in diesen Tagen auf ihren Kongreß 1963 in Berlin vor. Im großen Saal der Bürgermeister Reuter-Stiftung im traditionellen sozialdemokratischen Verwaltungsbezirk Wedding, finden sich vom 15. - 17. November 1963 129 ordentliche Delegierte und 60 Gastdelegierte zum Bundeskongreß der Jungsozialisten in der SPD ein. Darüber hinaus werden zahlreiche Gäste aus dem Inland und viele ausländische Freunde ihre Verbundenheit mit den deutschen Jungsozialisten durch ihre Teilnahme am Kongreß bekunden.

Gerade in Berlin wird das Kongreß-Motto "Freiheit in Gemeinschaft" eine besondere Bedeutung erhalten. Die Jungsozialisten wollen zum Ausdruck bringen, daß die Freiheit des gesamten deutschen Volkes nur durch eine Politik in der Gemeinschaft der freien Völker erreicht werden kann. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Fritz E r l e r, wird das Hauptreferat des Kongresses mit diesem Motto halten.

Die beiden Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten, der Bundestagsabgeordnete Holger B ö r r e r und Dr. Günther M ü l l e r aus München, eröffnen den Kongreß mit Referaten zu den Themen "Junge Generation heute" und "Politik für morgen". Zahlreiche Anträge liegen bereits aus den Bezirken vor und werden sowohl im Plenum des Kongresses als auch in den Arbeitsgemeinschaften behandelt werden.

Die Jungsozialisten haben bei ihren beiden letzten Konferenzen gute Erfahrungen mit der Bildung von Arbeitsgemeinschaften gemacht. So werden sich dieses Mal in sechs Arbeitsgemeinschaften namhafte Redner äußern und eine Diskussionsgrundlage geben. Stephan T h ö m a s, Leiter des Ostbüros beim SPD-Parteivorstand, beschäftigt sich in der Arbeitsgemeinschaft "Demokratie in der Offensive" besonders mit den Fragen der deutschen Wiedervereinigung und der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. "Und morgen - Staatsbürger" nennt sich eine Arbeitsgemeinschaft, in der der Bremer Bürgerschaftsabgeordnete Harry F a l l e r t eine Einführung zu den Möglichkeiten gibt, die zur Irziehung zum Staatsbürger in der Bundesrepublik dringend notwendig sind. Hans I v e n, Bundestagsabgeordneter aus Düren, nimmt zu kommunalpolitischen Aufgaben mit dem Thema "Junge Bürger in der Gemeinde" Stellung, während Johannes R a u, Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen, zu den Vorstellungen der SPD in der Kultur- und Erziehungspolitik bei der Arbeitsgemeinschaft "Durch Bildung vorn" sprechen wird. Die sozialen Gemeinschaftsaufgaben" wird der Bundestagsabgeordnete Helmut R o h d e vortragen und Hans-Eberhard D i n g e l s, der Leiter der Auslandsabteilung beim SPD-Parteivorstand, beschäftigt sich mit den internationalen Aufgaben.

Der Bundeskongreß der Jungsozialisten wird in Berlin erstmalig den Bundesvorsitzenden und seinen Stellvertreter auf einem Kongreß wählen. Der Parteivorstand der SPD hat einen Antrag des letzten JS-Kongresses, in dem diese Forderung erhoben wurde, befürwortet. Fisher wählte der Bundesausschuß, dem die 20 Vorsitzenden der Bezirke angehören, den Vorstand.

Für interessierte Beobachter wird der Vergleich zwischen den jungen Kräften in den beiden großen deutschen Parteien interessant sein. Eine Woche zuvor hält die Junge Union ihren Kongreß in Fulda ab. Die Jungsozialisten scheuen diesen Vergleich nicht. Sie können darauf hinweisen, daß die junge Generation unseres Volkes der sozialdemokratischen Partei ihr Vertrauen schenkt. Das geht sowohl aus den Wahlergebnissen in der Altersgruppe der 21- bis 35-jährigen Wähler, als auch aus den Neuaufnahmen in die SPD hervor. Immerhin waren es im zweiten Quartal des Jahres 1963 51 Prozent aller neuen SPD-Mitglieder, die das 35. Lebensjahr noch nicht erreicht hatten. Mehr als 30.000 junge Menschen haben sich seit dem letzten Kongreß vor zwei Jahren in Düsseldorf entschlossen, aktiv bei den Jungsozialisten mitzuarbeiten und Mitglied der SPD zu werden. Die Jungsozialisten sind heute die größte politische Jugendorganisation in Deutschland.

+ + +

#### Wider den Geist des EWG-Vertrages

Bilden Gaullisten eine eigene Fraktion im Europarat ?

Von Egon Heinrich

Sollen im Europäischen Parlament nationale Fraktionen geduldet werden? Vor dieser Frage stehen zur Zeit die 142 Europa-Abgeordnete aus den sechs EWG-Ländern. Worum geht es dabei?

Nach Artikel 36 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments sind zur Bildung einer Fraktion mindestens 17 Abgeordnete erforderlich. Die drei derzeitigen Fraktionen im Europäischen Parlament, die christlich-demokratische, die sozialistische sowie die liberale, konnten diese Voraussetzung ohne weiteres erfüllen. Daneben sind in dem EWG-Parlament aber noch 15 Gaullisten (UNR) vertreten, die keiner Fraktion angehören. Sie führen daher schon seit Jahren sozusagen ein parlamentarisches Eigenleben. Denn während in den drei Fraktionen Abgeordnete aus allen sechs EWG-Ländern vertreten sind, hat die Gaullisten-Gruppe bisher jegliche "Integration" streng vermieden.

Offenbar sind die Gaullisten nun aber ihres fraktionslosen Daseins müde. Sie haben während der letzten Oktobersitzung des Europäischen Parlaments einen Entschliessungsantrag eingebracht, durch den die Mindeststärke einer Fraktion von 17 auf 12 Mitglieder herabgesetzt werden soll. Sie begründen ihren Antrag mit dem Wunsch, ebenfalls in den Genuss der den anderen Fraktionen gewährten materiellen Vorteile zu kommen. Die regulären Fraktionen des Europäischen Parlaments erhalten, wie in allen demokratischen Staaten, finanzielle Zuwendungen und ein eigenes Sekretariat. Außerdem haben die Fraktionsvorsitzenden Vorrechte bei der Wortverteilung im Plenum. Die Bildung einer Gaullisten-Fraktion wäre mit zusätzlichen Ausgaben von drei bis vier Millionen bel-



gischen Franken (etwa 300 000 IM) jährlich verbunden. Nachdem der Ministerrat kürzlich den Haushaltsvoranschlag des Europäischen Parlaments für 1964 gekürzt hat, dürften schon von der finanziellen Seite her kaum Aussichten für die Förderung der Gaullisten bestehen.

Abgesehen davon würde die Bildung einer nationalen französischen Fraktion aber auch dem Geist des EWG-Vertrages strikt zuwiderlaufen und das Europäische Parlament noch mehr als bisher zum Schauplatz nationalistischer Interessen machen. Während die Gaullisten bei den Beratungen in Straßburg stets mehr hemmen als fördern, wollen sie die Vorteile des Europäischen Parlaments offenbar sehr gerne beanspruchen. Beispielsweise haben die Gaullisten während der Oktobersitzung gegen den Richtlinienentwurf zur Harmonisierung der Umsatzsteuersysteme in der EWG gestimmt.

Vom Rechtsausschuß des Parlaments wurde die Bildung nationaler Fraktionen bereits grundsätzlich abgelehnt. Die Fraktionen des Europäischen Parlaments seien übernationale Handlungsgemeinschaften, in deren Rahmen sich allmählich ein Ausgleich der widerstrebenden nationalen Interessen vollziehen müsse, heißt es in der Begründung. Inzwischen hat die sozialistische Fraktion einen Ergänzungsantrag zu dem gaullistischen Antrag eingebracht. Danach sollen die Fraktionsmitglieder im Europäischen Parlament nicht der gleichen Nationalität angehören dürfen. Auch führende Mitglieder der beiden anderen Fraktionen haben sich schon gegen den gaullistischen Vorstoß ausgesprochen.

Mit massivem Druck versuchen die Gaullisten jedoch, ihren Antrag durchzudrücken. Sie haben damit gedroht, in Zukunft nur noch Abgeordnete ihrer eigenen Partei nach Straßburg zu schicken, wenn ihr Antrag abgelehnt werden sollte. Außerdem wollen sie die Zahl der UNR-Abgeordneten im Dezember 1964 so stark erhöhen, daß eine gaullistische Fraktionsbildung im Europaparlament auch ohne Änderung der Geschäftsordnung möglich wäre. Den Gaullisten kommt dabei neben ihrer Mehrheit in der französischen Nationalversammlung die Bestimmung des EWG-Vertrages zugute, daß die einzelnen Mitgliedsstaaten das Wahlverfahren zum Europäischen Parlament selbst festlegen können.

Es wäre mehr als bedauerlich, wenn dem gaullistischen Bestreben so berühmte Politiker wie Maurice Faure, René Ploven oder Pierre Pflizlin zum Opfer fallen würden.